

## US-Politiker für Beseitigung der Subversionsprogramme gegen Kuba

Die gescheiterten Programme Washingtons zur Subversion in Kuba weisen eine problematische Geschichte auf, die Veruntreuung, schlechte Geschäftsführung und systematische Politisierung einschließt, weshalb sie abgeschafft werden müssten, äußerte der Berater des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen des Senats der Vereinigten Staaten, Fulton Armstrong.

Die Aussage ist in einem von ihm verfassten Artikel unter dem Titel Es ist an der Zeit, die Programme zu säubern, die einen Regimewechsel in Kuba anstreben enthalten, veröffentlicht in der Tageszeitung The Miami Herald, auf die die Website [www.cubadebate.cu](http://www.cubadebate.cu) am Dienstag Bezug nahm.

Die Kritik an den Vorhaben des Außenministeriums und der US-Entwicklungsagentur USAID basiert Armstrong auf seine dreijährige Erfahrung als Hauptermittler des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen über die politischen Operationen dieser beiden Einrichtungen in Bezug auf die Insel und Lateinamerika.

Der Autor des Artikels, der das Thema Kuba im Rat für Nationale Sicherheit unter der Administration von William Clinton (1993-1997 und 1997-2001) bearbeitete, stellt fest, dass die großen Erfolge des Programms, das Millionen Dollar gekostet hat, übertrieben und sogar fabriziert worden waren, wie die Schaffung eines Netzes unabhängiger Bibliotheken.

Er führt an, dass die Aufgabe seines Überwachungsausschusses darin bestand, zu versuchen, zu gewährleisten, dass die Fonds — ca. 20 Millionen Dollar pro Jahr, aber bis zu 45 Millionen im Jahr 2009 — auf effektive Weise und in Übereinstimmung mit dem Gesetz der USA genutzt werden würden.

Die Arbeit des Ausschusses wurde vom State Department und der ihm untergeordneten Agentur, der USAID, behindert, die sich weigerten, Information über die Programme zur Verfügung zu stellen, deren Merkmale die einer Geheimdienstoperation seien, wegen ihrer Geheimhaltung, des Gebrauchs von Verschlüsselungstechnik und der Verbergung der Rolle der Regierung, heißt es in dem Artikel.

In seiner Argumentation bezieht sich Armstrong auf Alan Phillip Gross, unter Vertrag der USAID, der im Dezember 2009 in Havanna verhaftet und im März 2011 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er subversive Geheimoperationen auf der Insel ausführte.

Wenn eine CIA-Operation dieser Art misslingt und ein Geheimagent festgenommen wird, benutzt Washington eine Verhandlungsstrategie, um seine Freilassung zu erwirken, aber wenn ein geheimer USAID-Angestellter festgenommen wird, spitzt es seine politische Rhetorik zu, stellt dem gefährdeten Programm mehr Geld zur Verfügung und entzieht sich jeden Kommentars, erklärt er.

„Wir wussten nicht, wer Gross war (geb. in Maryland, USA), und tatsächlich verweigerte das Außenministerium nach seiner Festnahme zornig jede Aussage, einige unserer Diplomaten in Havanna dachten sogar, dass er für die CIA arbeitete“, schreibt der politische Berater.

Gross, schuldig gesprochen der Straftat Handlungen gegen die Unabhängigkeit oder die territoriale Integrität des Staates, wurde im März zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, da bewiesen wurde, dass er illegal Kommunikationsmittel in Kuba eingeführt hatte, um interne Netze einzurichten, Teil eines Programmes, das auf Destabilisierungsarbeit und Subversion der konstitutionellen Ordnung ausgerichtet ist.

In Erfüllung seines Vertrags über 585.000 Dollar war Gross fünf Mal zu Besuchen in Kuba eingereist, wie Armstrong sagt, der außerdem hervorhebt, dass Cross erklärte, dass ihn die US-amerikanischen Beamten betrogen hätten. (AIN)